

Entscheidungen zu unseren Reichsstarifverträgen.

Kartonnagen-Industrie.

Am 18. Juni haben zwischen Vertretern unseres Verbandes und denen des Zentralverbandes Deutscher Kartonnagen-Fabrikanten in Dresden Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen stattgefunden, die zu keinem Ergebnis geführt haben.

Unsere Unterhändler forderten eine Lohnerhöhung von 30 Proz. unter Hinweis auf den Umstand, daß die derzeitigen Löhne keineswegs den Lebenshaltungskosten angepaßt sind. Auch die Tatsache, daß in den anderen Zweigen der Papier verarbeitenden Industrie eine Neuregelung der Löhne erfolgt ist, bzw. noch bevorstünde, wurde hervor gehoben.

Die Vertreter der Unternehmer erkannten an, daß die Neuregelung der Löhne in den verwandten Industrien es nötig mache, die Löhne auch in der Kartonnagen-Industrie zu erhöhen, sie erklärten jedoch, daß eine 30prozentige Erhöhung in ihrem Mitgliedsbereich nicht verstanden werden würde. Die Kartonnagen-Industrie könne eine solche Lohnhöhe einfach nicht ertragen. Da übrigens über den Mantelvertrag noch Streit bestehe, sei es vielleicht am zweckmäßigsten, wenn man auch den Lohnstreit vor das Reichsarbeitsministerium bringe.

In stundenlangen Verhandlungen wurden durch die beiderseitigen Vertreter alle Möglichkeiten geprüft, ob sich auf dem Wege der freien Vereinbarung eine Verständigung erzielen lasse. Schließlich machten die Unternehmer einen unverbindlichen Vorschlag, den sie ihren Mitgliedern zur Annahme zu empfehlen bereit seien, wenn die Gewerkschaft darauf eingehe. Danach soll mit Wirkung vom 3. Juli der Spitzenlohn 80 Pf. betragen, ab 1. Oktober bis zum 31. Dezember soll er auf 85 Pf. festgesetzt werden. Für Dresden und Hamburg soll wegen der dort bestehenden überörtlichen Entlohnung über eine eventuelle Anrechnung örtlich verhandelt werden. Für Dresden soll die erste Erhöhung 6 Pf. statt 8 Pf. und die zweite Erhöhung 3 Pf. statt 5 Pf. betragen. In Würtemberg sollen am 1. Oktober die Tariflöhne gelten. Die Akkordlöhne sollen für Dresden in der ersten Periode um 8 Proz. und in der zweiten um 4 Proz. gesteigert werden. Für das Reich sollten die Akkordsätze um 10 Proz. und später um 6 Proz. erhöht werden. Als Bedingung stellten die Unternehmer die Forderung, daß die manteltariflichen Differenzen als erledigt gelten sollten.

Unsere Unterhändler erklärten hierzu, daß sie diese Vorschläge für nicht ausreichend hielten, daß sie aber bereit seien, sie dem Gesamtarbeitsausschuß vorzutragen.

Bei Schluß der Redaktion liegt eine endgültige Entscheidung für diesen Zweig unserer Industrie noch nicht vor.

Die Verhandlungen mit dem „Apl“.

Am 22. Juni haben in Berlin zwischen Vertretern unseres Verbandes und denen der „Apl“-Verbände Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen stattgefunden. Unsere Unterhändler forderten eine Erhöhung der derzeitigen Löhne um 25 Proz., so daß sich der Spitzenlohn auf 1,— Mk. pro Stunde gestellt hätte. Die Arbeitgeber erklärten, daß die Lage der Industrie, insbesondere in der Geschäftsbuchbranche und Briefumschlagindustrie, unter gar keinen Umständen auch nur die geringste Lohnerhöhung zulasse. Sie schlugen deswegen vor, das derzeitige Lohnabkommen um drei Monate unverändert zu verlängern. Sie erklärten weiter, daß, wenn wir auf diesen Vorschlag nicht eingehen würden, sofort das Reichsarbeitsministerium um einen Schiedsspruch angegangen werden könne. Unter diesen Umständen blieb unseren Vertretern nichts anderes übrig, als auf den letzteren Vorschlag einzugehen. Schon am gleichen Tage fanden dann die Verhandlungen vor dem vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß statt, der in westständigen Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen suchte. Nachdem der unparteiische Vorsitzende erklärt hatte, daß die gegenwärtige Geschäftslage und die allgemeine Finanzlage es ihm im Augenblick unmöglich mache, den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu

tragen, kam es letzten Endes zwischen den Parteien zu nachstehender Vereinbarung:

Der Spitzenlohn beträgt für die Zeit vom 2. Juli bis zum 29. Juli 1925 88 Pf., vom 30. Juli bis 30. September 1925 90 Pf., und vom 1. Oktober 1925 bis 6. Januar 1926 92 Pfennig.

Das Arbeitszeitabkommen bleibt auf die Dauer der Lohnperiode wie bisher bestehen.

Sollte während der Vertragszeit eine erhebliche Steigerung der Lebenshaltungskosten eintreten, so daß es auch in anderen Berufen zu neuen Verhandlungen kommen sollte, treten auch die an dieser Vereinbarung beteiligten Parteien zu neuen Verhandlungen zusammen.

Wapppappen-Industrie.

Für diese Gruppe wurden am 12. Juni in Berlin Verhandlungen über einen neuen Reichsmanteltarif sowohl, als auch über ein neues Lohnabkommen geführt. Nach Ueberwindung mancherlei Schwierigkeiten kam es zum Abschluß eines neuen Vertrages. Die bisherigen Bestimmungen in Bezug auf Ferien und Feiertagsbezahlung, deren Befestigung von den Unternehmern mit allen Kräften angestrebt wurde, bleiben unverändert bestehen. Das Arbeitszeitabkommen erfährt insoweit eine Veränderung, als die Mehrstunden über 48 Stunden hinaus künftig mit 12½ Proz. Zuschlag zu belegen sind. Die Wapppappen-Industrie war bisher die einzige Branche von den für uns zuständigen, in der die Mehrstunden bisher ohne jede Prozentbezahlung geleistet werden mußten. Der Mantelvertrag wurde für die Zeit bis zum 30. Juni 1925 abgeschlossen.

In bezug auf die Löhne kam es zu einer Vereinbarung, nach der die derzeitigen Lohnsätze mit Wirkung ab 25. Juni um 14 Proz. erhöht werden. Das Lohnabkommen soll laufen bis zum 6. Januar 1926. Es ist aber in ihm eine Schutzklausel aufgenommen, die da sagt, daß, wenn im Laufe der Lohnperiode der Lebenshaltungsindex vom 5. Juni um 5 Proz. steigt, nach Verlauf von 6 Wochen neue Lohnverhandlungen geführt werden müssen.

Internationale Buchbinderlöhne.

Wer kennt nicht das alte Lied der Unternehmer von den hohen Löhnen der deutschen Arbeiter, die für unsre Industrie schon jetzt einfach „untragbar“ seien, keine Erhöhung mehr zulassen, eine neue Inflationsgefahr bilden usw. In hunderten solchen Variationen klingt es uns in allen Lohnverhandlungen bis zum Ueberdruß wieder und ebenso schallt es ununterbrochen aus dem Blätterwald der dem Unternehmertum ergebenen Presse. Allen Anschein nach handelt man hierbei nach dem alterproben, hier mit einer kleinen Variation zutreffenden Grundsatz: „Schwindle nur seht darauf los, mit der Zeit glaubt doch noch jeder etwas davon.“

Dem sieht man sich alle diese Behauptungen der Unternehmer etwas näher an, dann wird man bald gewahr, daß sie alle mehr oder weniger aus der Luft gegriffen sind und jeder tatsächlichen Unterlage entbehren.

Diese schon oft gemachte Erfahrung finden wir wiederum bestätigt, wenn wir uns die Lohnverhältnisse unseres eigenen Berufes im In- und Ausland einmal vor Augen führen. Das ist notwendig, weil auch unsere Unternehmer, getreu der zentralen Parole, in das alte Horn tuten. Unser Verbandsvorstand hat sich daher, wie schon im vergangenen Jahre, so auch jetzt wieder an die ausländischen Bruderorganisationen mit der Bitte gewandt, die Löhne unserer Kollegenschaft für Ende des Jahres anzugeben. Dieser Bitte haben die in der obensehenden Tabelle zuerst aufgeführten 12 Länder entsprochen. Um das Bild weiter zu vervollständigen, haben wir die vom Internationalen Arbeitsamt gegebenen Buchbinderlöhne ergänzend angefügt, so daß wir in der folgenden Zusammenstellung die Löhne unserer Kollegen aus 23 Ländern bzw. Orten zu vergleichen in der Lage sind.

Dabei zeigt sich, daß Amerika, wie allbekannt, mit seinen Stundenlöhnen von 3,10—3,63 Mk. an der Spitze steht. Ihm folgt dann Australien mit 1,85 und London mit 1,57 Mark Stundenlohn. Diese

Nr.	Land bzw. Ort	Stundenlohn in Gld.	Spitzenlöhne der Buchbindergehilfen in der Landeswährung		
			pro Woche	pro Stunde	(Gm.) in Gld.
1	Deutschland	48	36,48 Mk.	0,76 Mk.	0,76
2	Danzig	48	62,50 Gld.	1,30 Gld.	1,03
3	Norwegen ²⁾	48	92 Kr.	1,92 Kr.	1,21
4	Schweden	48	65 "	1,35 "	1,53
5	Dänemark ³⁾	48	60 "	1,25 "	0,98
6	Holland ⁴⁾	48	85,04 Fl.	0,78 Fl.	1,24
7	Belgien ⁵⁾	48	165,50 Fr.	3,45 Fr.	0,72
8	Schweiz	48	74,50 "	1,55 "	1,27
9	Tschechoslowakei	47½	271 Kr.	5,70 Kr.	0,72
10	Desterrreich	48	182,932 "	10,061 "	0,59
11	Ungarn	48	582 411 "	12 217 "	0,70
12	Jugoslawien ⁶⁾	48	822,50 Din.	12,97 Din.	0,85
13	Paris	—	204,— Fr.	4,25 Fr.	0,95
14	Luzernburg	—	167,50 "	3,50 "	0,73
15	London ⁷⁾	—	80 Sch.	1,67 Sch.	1,57
16	Wärsabid ⁸⁾	—	43 Pef.	0,90 Pef.	0,50
17	Pilsabon ⁹⁾	—	168 Esl.	3,50 Esl.	0,66
18	Rom ¹⁰⁾	—	152,— Lire	3,17 Lire	0,58
19	Mailand ¹¹⁾	—	108,47 "	4,18 "	0,76
20	New-York ¹²⁾	—	96,— Doll.	0,79 Doll.	3,32
21	Philadelphia ¹³⁾	—	41,52 "	0,86 "	3,63
22	Witawa ¹⁴⁾	—	85,48 "	0,74 "	3,10
23	Sydney ¹⁵⁾	—	95 Sch.	1,98 Sch.	1,85

¹⁾ Nach kaufmännischen Grundätzen auf ganze Pfennige abgerundet.
²⁾ Durchschnittslöhne.
³⁾ Die wienigen Zeitlohnarbeiter erhalten alle 25—30 1/2 % über den Minimumlohn.
⁴⁾ Löhne ab 5. Januar 1925.
⁵⁾ Löhne ab 1. Januar 1925.
⁶⁾ 2 Tariflöhne Spitzenlöhne, in Wirklichkeit haben die Buchbinder mindestens 650 Tinar.
⁷⁾ Löhne im Oktober nach den Berichten d. Intern. Arb.-Kontes.
⁸⁾ Durchschnittslöhne im Oktober. (Nach Bericht-Stat.)

vorgenannten fünf Spitzenlöhne fallen aber um so mehr ins Gewicht, da sie den Angaben des Internationalen Arbeitsamts entstammen, die schon für Oktober zutrafen. Es folgen dann erst die von uns ermittelten Löhne unserer dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Bruderorganisationen. Und zwar steht hier dann Schweden mit 1,53 Mark an der Spitze aller Länder, ihnen folgt die Schweiz mit 1,27 Mark und Holland mit 1,24 Mark. Deutschland steht unter diesen 23 Ländern und Orten erst an vierzehnter Stelle mit seinem Spitzenlohn von 76 Pfennig; auf derselben Höhe stand der Buchbinderlohn in Mailand im Oktober. Bemerkenswert ist noch, daß Frankreich trotz seines schlechten und schwankenden Wertaufstandes für Oktober 204 Francs Wochenlohn verzeichnet, was nach dem damaligen Kursstand einem Stundenlohn von 95 Pfennig in Goldmark gleichkommt. Ueberhaupt haben alle Länder mit niedrigem Wertaufstand ihre Löhne inzwischen auf einen Goldmarkt gebracht, der deutlich erkennen läßt, daß auch sie auf dem Wege zu den Weltmarktlöhnen vorwärtsschreiten. Diese Entwicklung, die eine Folge des internationalen Warenpreisausgleichs ist, vollzieht sich mit einer gewissen Naturnotwendigkeit; wenn auch in dem einen Lande langsamer, im anderen schneller.

Das eine ist durch diese authentischen Zahlen wieder mal zur Evidenz bewiesen, daß das noch immer nicht aufgehörte Gerede der Unternehmer von unseren hohen Löhnen purer Schwindel ist. Wenn wir mit unseren Löhnen unter 23 Ländern und Orten erst an vierzehnter Stelle folgen und hinter den deutschen Löhnen ausschließlich Länder mit sehr schlechten Wertaufverhältnissen stehen, dann kann keine Rede davon sein, daß eine Steigerung unserer Löhne wirtschaftliche Gefahren für uns mit sich bringen. An einer unbedingten Steigerung der Nominallöhne liegt übrigens der Arbeiterschaft herzlich wenig; das muß immer wieder betont werden. Wenn aber unser Unternehmertum es nicht verhindern kann, daß unsere Warenpreise sich immer mehr dem Weltmarktwerte anpassen, ja, vielfach sogar schon jetzt darüber hinauschießen, dann ist es eine unerhörte Zumutung an die Arbeiterschaft, daß sie die sinkende Kaufkraft ihres Lohnes weiter stillschweigend ertragen soll. Gerade die jetzt sich zeigenden ersten Anzeichen einer drohenden schweren Wirtschaftskrise sollten endlich auch einmal unseren Unternehmern die Augen darüber öffnen, daß diese Wirtschaftskrise zu einem erheblichen Teil in der geringen Kaufkraft der deutschen Arbeiterschaft ihre Ursache hat und eine erhebliche Erhöhung unserer Löhne somit in eigenen wohlverstandenen volkswirtschaftlichen Interesse liegt.

Scharfmacher auf dem Kriegspfade.

— Die scharfe Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit findet naturgemäß ihren Niederschlag auch in der Presse. Da ist eine Potenz nicht zu übersehen, die zwischen dem Reichsarbeitsminister Brauns und dem Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, von Borfig, geführt wurde, aus der sich zeigt, daß die Unternehmerverbände nicht nur gegen die Gewerkschaften anzukämpfen versuchen, sondern auch gegen diejenigen Personen, die deren Stellung im Wirtschaftsleben stützen.

In einem Artikel „Fragen der Lohngestaltung“ in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hatte sich der Reichsarbeitsminister mit dem Lohnproblem auseinandergesetzt. Herr Dr. Brauns versuchte dort zwischen Forderungen der Unternehmer und der Arbeiter die mittlere Linie zu finden. Bezüglich der sozialpolitischen Seite des Lohnproblems äußert sich Dr. Brauns u. a. folgendermaßen:

„Innerhalb der für die verschiedenen Berufe und der zu verschiedener Zeit ungleich großen Spannen des wirtschaftlich Möglichen muß man allerdings dem Arbeitnehmer bei der Lohngestaltung so weit wie irgendmöglich entgegenkommen. Zu seiner Zeit und nirgends find Armut und Elend geeignete Voraussetzungen für die Steigerung der Kultur, für die Hebung der menschlichen Werte gewesen... Der Krieg und die Folgejahre haben ein gut Teil Gesundheit und Arbeitskraft, wie auch die bescheidenen wirtschaftlichen Rücklagen der Arbeitnehmer aufgezehrt... Um so mehr kommt es darauf an, hier den Wiederaufbau zu ermöglichen. Die Arbeitnehmer müssen instand gesetzt sein, sich und ihren Familien wieder eine hinreichend kräftige Nahrung zu sichern, ihre Kleidung und Wohnung berechneten Wünschen wieder anzupassen, ihre Arbeitskraft wieder herzustellen und zu sichern, auch seelisch wieder vom schlimmsten Druck frei zu werden.“

Dr. Brauns erinnert weiter an die Maßnahmen, die Kaufkraft zu steigern und die Preise auf ein angemessenes Maß zu senken. Dabei gedenkt er der Ueberspannung des Kartellgedankens und stellt fest, daß von einer föhrlaren Preislenkung keine Rede sein könne. „In solchen Situationen ergibt sich die Erhaltung des Reallohnes durch Steigerung des Nominallohnes von selbst.“ Nachdem Dr. Brauns auf die Notwendigkeit der Ergiebigkeit der Wirtschaft durch Qualitätsarbeit hingewiesen und diese nur von einer der schlimmsten Sorgen enthobenen Arbeiterschaft geleistet werden könne, verweist er auf die Wirkung hoher Arbeitslöhne zur Stärkung der inneren Kaufkraft, die der Wirtschaft doch wieder zugute komme. Zum Schluß verteidigt der Reichsarbeitsminister die Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen, die bekanntlich den Unternehmern ein Dorn im Auge sind.

So selbstverständlich eigentlich solche Äußerungen sind, so begeben sie doch bei den Unternehmern dem stärksten Widerspruch. Und so fühlt sich der Vorsitzende der Unternehmerverbände, Herr von Borfig, in höchst eigener Person verpflichtet, auf den Artikel des Herrn Dr. Brauns zu antworten. Was Herr von Borfig („Der Arbeitgeber“ vom 1. Juni) an Argumenten gegen Brauns vorbringt, hat wirklich nicht den Reiz der Neuheit. Eigenartig an seiner Antwort ist nur der Ton, den er gegenüber dem Reichsarbeitsminister anzuschlagen beliebt. Die Behauptung des Herrn von Borfig, daß die deutschen Löhne gegenüber dem Friedensniveau um 150 Proz. gestiegen seien, wurde bereits in einer scharfen Entschlieung der letzten Bundesausschussführung des ADGB zurückgewiesen. Bezeichnend ist an dieser Behauptung des Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände noch, daß er diese Lohnentwicklung „unmittelbar auf wesentliche Mißgriffe in der Politik des Reichsarbeitsministeriums“ zurückführt. Die Hebung der Inlandskaufkraft durch Steigerung der Löhne nennt Herr von Borfig ein gefährliches Schlagwort. Dagegen vertritt er die These, daß „nicht durch Steigerung der Nominallöhne, sondern durch die Bildung von neuem Kapital, d. h. also in erster Linie von der Produktionsseite und nicht von der Konsumentenseite aus die Kaufkraft gesteigert“ werden könne. Dann fährt Herr von Borfig fort:

„Wir sind durch die Ausbeutung des deutschen Wirtschaftskörpers nun einmal in die unendlich

schwierige Lage gekommen, daß wir, selbst mit Verzicht auf gewisse Lebenshaltungsbedürfnisse und Kulturentwicklungen (!) zunächst einmal die Quelle von der das deutsche Volk sein Einkommen schöpft, neu speisen müssen, d. h. das Kapital neu bilden und vermehren müssen. Daß man die Bildung von neuem Kapital endlich als die allererste Pflicht der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik anerkannt hat, ist ein gewaltiger Fortschritt, den das gesamte Volk der derzeitigen Regierung zu danken hat.“

Mit dem letzten Satz wird versucht, einen Gegensatz zwischen Brauns und seinen deutschnationalen Regierungsfolgeren zu konstruieren. Auch diese lehren bei jeder passenden Gelegenheit die Phrase herunter, daß die Kapitalbildung über den Weg der Unternehmergewinne neu vorgenommen werden müsse. Demgegenüber gilt es doch mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Kapitalquellen der Vorkriegszeit vor allem in der Sparkraft der breiten Masse der deutschen Bevölkerung lagen. Die 20 Milliarden betragenden Bestände der deutschen Sparkassen und die 6,5 Milliarden Bestände der deutschen Versicherungsgesellschaften in der Vorkriegszeit waren die Sammelbecken, von denen aus die Wirtschaft mit Betriebskapital gespeist wurde. Auch von den 10 Milliarden, die die Banken als Depositen verwalteten, entstammten große Teile der Sparkraft der breiten Masse. Wenn man also so viel von der Bildung von Neukapital faselt, dann sollte man erkennen, daß hier der Hebel anzusetzen ist und die breiten Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten wieder instand gesetzt werden, Spargelder anzuhäufeln. Der Grund zur Kapitalnot liegt nun einmal zum großen Teil darin, daß die deutschen Sparkassen heute nur erst den zehnten Teil ihrer ehemaligen Bestände zur Verfügung haben.

Zum Schluß rennt Herr von Borfig gegen die Schlichtungsinstanzen an.

„Dem Wirtschaftsgefes, das mit Zunahme der Reservearmee der Arbeitslosen die natürliche Korrektur zu hoher Löhne eintritt, setzt sich die amtliche Lohn- und Schlichtungspolitik mit Nachdruck entgegen.“

Lohnherabsetzungen, sobald irgendwie die Verhältnisse gegeben sind, das ist es, was die Herren wünschen. Deshalb fort mit dem Schlichtungswesen, wo den Unternehmern immer noch ein kleiner Widerstand entgegengekehrt werden kann. Es klingt dann wie eine Phrase, wenn Herr von Borfig schreibt:

„Wir bekämpfen weder den Tarifvertrag noch den Schlichtungsgedanken, das ist tausendmal ausgesprochen worden. Wir lehnen aber nachdrücklich ab, daß der Tarifvertrag zum Schematismus, daß der Einigungsgedanke zum Schlichtungszwang führt.“

Mit dem Schlichtungszwang meinen die Herren die Schlichtungsausschüsse und die Verbindlichkeits-erklärungen des Reichsarbeitsministeriums.

Es ist außerordentlich erfreulich, daß der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer scharfen, aber desto klareren Entschlieung die Meinung der breiten Masse zu diesen Dingen zum Ausdruck brachte. An den Mitgliedern der Gewerkschaften legt es, den Mahnungen des ADGB, durch Stärkung ihrer Organisationen nachzukommen.

Der Machtkampf in der Holzindustrie.

In der Holzindustrie ist ein außerordentlich heftiger Kampf ausgebrochen. Die Unternehmerverbände der Holzindustrie haben beschlossen, eine Generalauspeerrung der Holzarbeiter vorzunehmen. Diese Auspeerrung, die am 13. Juni einseten sollte, ist allerdings nicht in dem Maße erfolgt, wie dies die Scharfmacher der Unternehmer gewünscht haben. Dennoch ist dieser Beschluß beachtenswert.

Der Kampf in der Holzindustrie ist, obwohl es sich hier nur um Lohnfragen und Tarifstreitigkeiten dreht, nichts anderes als ein Ausschnitt aus der heftigen Fehde, wie sie zwischen Kapital und Arbeit geführt wird. Die Spitze der Arbeitgeberverbände arbeitet seit Monaten daran, die Front der Unternehmer lückenlos zu schließen. Mit Denkschriften, Zeitungsartikeln usw. versuchen sie, Regierung, Parlamente und Öffentlich-

keit davon zu überzeugen, daß die Befundung der deutschen Wirtschaft nur über den Weg niedriger Löhne und langer Arbeitszeit gehe. Teilweise schreibt man auch vor falschen Angaben, wie die, daß der Arbeitslohn hierzulande bereits mehr als 150 Proz. über der Vorkriegszeit liege, nicht zurück. Die Unternehmer sind natürlich nicht gewohnt, auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern sie geben, wo ihnen das rasam erscheint, zum Angriff über. So in der Eisenindustrie im Ruhrgebiet und nunmehr im Holzgewerbe.

Es ist für den Holzarbeiterverband und darüber hinaus für die gesamte Gewerkschaftsbewegung sehr ehrenvoll, in den Augen der Unternehmer als Machtfaktoren ersterer Art zu gelten. Damit werden auch dem letzten Arbeiter im Lande die Augen geöffnet, was die Arbeiterbewegung sein kann, wenn sie fest in den Gewerkschaften zusammensteht. Die Unternehmer haben eigentlich an einer Stelle angeknüpft, an der die Organisationsverhältnisse im Unternehmerlager nicht die besten sind. Im Holzgewerbe überwiegt noch immer der Kleinunternehmer. Es ist erklärlich, daß diese nicht so leicht unter einen Hut zu bringen sind, als beispielsweise die Unternehmer anderer Industriegruppen, in denen der Großbetrieb vorherrscht. Aber dessenungeachtet wollen die Unternehmer des Holzgewerbes den Kampf wagen.

Die mangelhafte Zentralisation der Unternehmer in der Holzindustrie selbst wird allerdings ausgeglichen dadurch, daß die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände dahinter steht. Hier wird man auch die Geburtsstätte des Auspeerrungsbeschlusses zu suchen haben. Die Hand- und Kopfarbeiter haben mithin alle Ursache, den Kampf der Holzarbeiter zu dem ihrigen zu machen und die kämpfenden Arbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen.

Es besteht kein Grund, Kämpfen dieser Art auszuweichen. Wenn die Unternehmer den Kampf wollen, dann sollen sie ihn haben. Letzten Endes werden sie aufkündend wirken. Der Organisationsgedanke wird dadurch gestärkt. Auch dem dümmsten Arbeiter muß bei der Schärfe solcher Konflikte einleuchten, daß mit der Gefühlsduselei und mit Cauchet nichts zu erzielen ist. Aber auch bei dem organisierten Arbeiter muß der Gedanke lebendig werden, daß nur mit gefüllten Kassen und intakten Organisationen gegen ein kampflüsterndes und stark gerüstetes Unternehmertum anzukämpfen ist. Wenn die ausgebrochene Streitigkeiten diese Gefühle stärken sollten, dann werden sie weit über den Tag von Bedeutung sein. Der Kampf im Holzgewerbe ist ein Vorpostengeplänkel, ähnliche und stärkere Kämpfe werden folgen. Wehe der Arbeiterschaft, die dann nicht gerüstet dasteht und die Schläge abzuwehren in der Lage ist.

Zehn Gebote für das Proletariat.

1. Die höchste Vernunft wohnt in dir selbst. Rüge du diese deine Vernunft.
2. All deine Handlungsweise sei stets auf den Vorteil der Allgemeinheit gerichtet.
3. Deine Arbeit sei heiliger Dienst an der Menschheit. Erfühle du da heraus deine Würde.
4. Den Räuber an deiner Arbeit sollst du bekämpfen, wo immer du kannst.
5. Du sollst dich nicht für Geldinteressen töten lassen.
6. Du darfst lieben, alles was da schön ist. Liebe du die Blumen, die Sterne, die bunten Gesteine und edle Gedanken. Und achte du in der Schönheit der Mädchen die werdende Mütterlichkeit.
7. Du sollst dich nicht vom Unternehmer bestehlen lassen.
8. Achte du in deinem Mitmenschen das Gute, bekämpfe das Böse: wo du es findest, zunächst in dir selbst.
9. Begehre für alle Menschen die Gemein-samkeit.
10. Alles was der Weltgeist an Lebenswertem schuf, schuf er für alle. Lasse du dir durch keinen Menschen deine Rechte an allem Lebenswerten — schmälern. Und wo du das Unrecht findest, da zertrete du es.

Mag Dortu.

18. Bundesauschusssitzung des ADGB.

In seiner 18. Sitzung, die am 12. Juni begann, beschäftigte sich der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zunächst mit der Denkschrift über Arbeitsverhältnisse, Wirtschaftskrisis und Währung, die von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Reichsregierung im Mai unterbreitet wurde. Der Ausschuss trat in einer vom Bundesvorstand vorgelegten, einmütig angenommenen Entschließung den Forderungen der Arbeitgeber entgegen (s. Nr. 26 der „Buchbinder-Zeitung“). Die Arbeitgeberverbände haben ihre Forderungen nicht durch neue Gründe gestützt; es sind die gleichen Argumente, mit denen sie schon seit Jahren operieren. Aber sie haben bei der jetzigen Reichsregierung mehr Aussicht, Entgegenkommen für ihre Bestrebungen zu finden. Aus diesem Grunde hielt es der Bundesauschuss für notwendig, durch seine Kundgebung die Regierung Luther im Interesse der Wirtschaft zu warnen, den Anregungen der Unternehmer stattzugeben, da sie nur zu scharfen Kämpfen führen können.

Nach Annahme dieser Antwort an die Arbeitgeberverbände wandte sich der Ausschuss den beiden bedeutungsvollen Fragen zu, die den Hauptinhalt seiner diesmaligen besonders wichtigen Tagesordnung bilden: dem gewerkschaftlichen Organisationsproblem und der Abwehr der Hochschulzollbestrebungen.

Seit dem Leipziger Kongress, der Bundesvorstand und Bundesauschuss beauftragt hatte, einen Plan für den organischen Aufbau von Industrieverbänden vorzulegen, ist die Organisationsfrage in eingehenden Beratungen einer eigens zu diesem Zweck eingesetzten Kommission nach allen Seiten erörtert worden. Die Abgrenzung der Industrie wurde an Hand eines vorläufigen Schemas zwischen den beteiligten Verbänden Anfang d. J. in längeren Verhandlungen besprochen. Die Beratungen der Kommission, die nach diesen Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, führten zwar nicht zu einem einmütigen Ergebnis, aber doch zu einer bedeutenden Klärung der Anschauungen.

Die Anhänger der Industrieverbände haben dem Ausschuss einen von dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Dismann, ausgearbeiteten Plan vorgelegt, der sowohl allgemeine Richtlinien für die Schaffung von Industrieverbänden aufzuzeigen versucht, wie im einzelnen den organisatorischen Aufbau und den Wirkungsbereich der zu schaffenden Industrieverbände darzulegen unternimmt. Nach Ueberzeugung dieser Gruppe ist es durchaus möglich, einen einheitlichen Plan zur Durchführung zu bringen.

Dieser Auffassung widerspricht eine zweite Gruppe, die eine Organisationsumformung der Gewerkschaften im Sinne des Leipziger Beschlusses nicht für sachlich notwendig hält, da die industrielle Konzentration sich weder so einheitlich und schnell, noch in der Richtung vollzieht, wie von der ersten Gruppe angenommen wurde. Sie hält einen Umbau der Gewerkschaften auf Grund des Leipziger Beschlusses durch gegenseitige Vereinbarung nicht für möglich und erklärt es für unzweckmäßig, die bisherige organische Entwicklung durch gewaltsame Eingriffe stören zu wollen.

Eine dritte Gruppe hält zwar auch die zwangsweise Durchführung des Neuaufbaues der Gewerkschaften nicht für angebracht, aber sie erkennt doch im Gegensatz zu der zweiten Gruppe die grundsätzliche Richtigkeit der dem Leipziger Beschlusse zugrunde liegenden Auffassung über den Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen auf die Gestaltung des Organisationsaufbaues an. Auch sie wendet sich gegen eine zwangsweise Lösung und hält eine gesunde Entwicklung nur durch gegenseitige Verständigung der beteiligten Gewerkschaften über die zweckmäßige Abgrenzung der Organisationsgebiete oder Zusammenlegen von Organisationsgruppen für möglich. Den beiden letztgenannten Gruppen gemeinsam ist die Auffassung, daß neben der Vereinheitlichung der Verwaltung usw. ein Ausbau der Bundeseinrichtungen für die gemeinsame Interessensvertretung auf wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und rechtlichen Gebieten wünschenswert sei.

Der Bundesvorstand hat zu der Organisationsfrage erst Stellung nehmen können, als das Ergebnis der Beratungen der Kommission vorlag. Seine Meinung geht dahin, daß zwangsweise durch einen verbindlichen Kongressbeschluss

eine Lösung des Organisationsproblems nicht möglich ist. Dagegen glaubt er, durch eine Änderung der Bundesstatuten die erstrebte Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte wirksam fördern zu können.

Nach eingehender Erörterung der entgegenstehenden Anschauungen wurde einstimmig beschlossen, die Verhandlungen über das gewerkschaftliche Organisationsproblem auszusetzen, um den Vorständen der Verbände Gelegenheit zu geben, die dem Ausschuss unterbreiteten Vorschläge nach einmal zu prüfen. Die endgültige Entscheidung über die Vorlagen wird in der nächsten Bundesauschusssitzung vorgenommen werden.

Die Sitzung am 13. Juni wurde durch ein Referat eines Vertreters des Bundesvorstandes über die Schulzollvorlage der Regierung eingeleitet. In der Aussprache kam die entschiedene Ablehnung der Regierungsvorlage durch die Zentralvorstände scharf zum Ausdruck. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Bundesauschuss des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes billigt die Haltung seiner Vertreter im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die in ihrer Stellungnahme zu einem Zollrat für den Abschluß von Handelsverträgen bestrebt waren, den Massenverbrauch in Deutschland nicht zu belasten und dem zollfreien Warenverkehr unter den Völkern die Wege zu ebnen. Wo sie bei den Abstimmungen in der Minderheit blieben, haben sie ihren Standpunkt durch ausführliche Erklärungen begründet.“

Die nunmehr veröffentlichte kleine Zollvorlage der Regierung steht im Widerspruch zu dem Standpunkt, der von den Vertretern der freien Gewerkschaften im Zollausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates verfochten worden ist. Sie ist

unvereinbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen.

Sie geht nicht nur bei einer großen Anzahl industrieller Positionen — Eisenwaren, Holzwaren, Textilien — über die vom Zollausschuss in seinen Gutachten an die Regierung vorgeschlagenen Zollsätze weit hinaus, sie sieht auch ungemein hohe, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft unmittelbar befallende Agrarzölle vor, Zölle auf Vieh, Fleisch und Wehl, besonders aber die Brottrierzölle auf Brotgetreide als Mindestsätze. Diese Zollvorlage, zum Gesetz erhoben, würde in ihren Auswirkungen zu einer unerträglichen Lebensverteuerung der Arbeiterschaft, in weiterer Folge zur Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes, zur Verhinderung eines aufnahmefähigen Inlandsmarktes, zur Beeinträchtigung der Exportfähigkeit Deutschlands führen.

Jedem hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an Regierung und Arbeitsministerium das eindringliche Ersuchen gerichtet, dem Drängen der Arbeiterschaft nach einem Ausgleiche ihrer Lebensverteuerung mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt hiermit scharfsten Einspruch gegen eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schulzölle die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verteuert, auf der anderen Seite einen Ausgleich in Form von Lohn erhöhungen ablehnen möchte.

Er fordert insbesondere **Zollfreiheit für alle industriellen Rohstoffe, Halbzuge und notwendigen Bedarfsgegenstände, ferner für Brotgetreide und alle wichtigen Lebensmittel.**

besonders Wehl und Kartoffeln, Schlachtvieh und Fleisch und für alle notwendigen Futtermittel. Er richtet an Regierung, Reichsrat und Reichstag das dringliche Ersuchen, die Zollvorlage in diesem Sinne umzugestalten und weiterhin Vorsorge zu treffen, daß in den Handelsverträgen nicht Industriezölle festgelegt werden, die zur Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung führen. Der Ausbau der Wirtschaft in Deutschland erfordert gebieterisch eine Wirtschaftspolitik, die das höchste Gut des deutschen Volkes, die **Arbeitskraft, schützt und stärkt.**

Die Zentralvorstände haben sich im Geiste dieser Entschließung einmütig bereit erklärt, sich an der

planmäßigen Abwehraktion gegen die schutzöllnerischen Bestrebungen von Regierung, Industrie und Landwirtschaft nachdrücklich zu beteiligen und für diesen Zweck 10 Pf. pro Mitglied zu bewilligen.

Der Bundesvorstand beabsichtigt, im Bundesbureau eine Abteilung für Gewerbehygiene zu errichten. Von der weit überwiegenden Mehrheit der Mitglieder wurde anerkannt, daß durch diese Erweiterung des Bundesbureaus nicht nur einem dringenden und häufig empfundenen Mangel abgeholfen wird, sondern daß es sich hier um einen Aufgabekreis handelt, der wirksam nur von der Bundesleitung in Angriff genommen werden kann. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß die Delegierten sich für die aus diesen Gründen notwendige Erhöhung der Bundesbeiträge bei ihren Vorständen einsetzen werden.

Der Ausschuss wandte sich sodann der Erörterung der Anträge zu, die der Bundesvorstand zur Änderung der Bundesstatuten eingebracht hat. Zum Teil handelt es sich um rein redaktionelle Änderungen; zum Teil um Vorschläge, die eine Vereinfachung der Verwaltung bezwecken. Ueber die vorgeschlagenen Abänderungen wird endgültig erst in der nächsten Ausschusssitzung entschieden werden.

Am Schluß der Tagung beschäftigte sich der Ausschuss mit einer von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten eingebrachten Vorlage zur Einrichtung eines Sparvereins zunächst im Kreise der Gewerkschaftsmitglieder. Die Vorlage wurde vorläufig zur Kenntnis genommen.

Die nächste Bundesauschusssitzung wird am 3. und 4. Juli stattfinden. („Gewerkschafts-Zeitung“).

Meidet den Alkohol!

Die Werbewoche gegen den Alkoholismus.

die von den alkoholgewöhnlichen Organisationen Mitte Mai in ganz Deutschland veranstaltet wurde, hat einen guten Erfolg gehabt. Insbesondere die Versammlungen des Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes waren zumeist gut besucht. Vieles kam es zu Auseinandersetzungen mit Verteidigern des unbeschränkten Alkoholgenusses. Man konnte dabei die Beobachtung machen, daß die Zuhörer sich keineswegs mehr mit Redensarten und Wertreien zufriedengeben. Sie verlangen jetzt die Vorlage stichhaltigen Materials zur Begründung der jeweiligen Auffassungen. Die Redner der Arbeiterabstinenzern schritten dabei nicht schlecht ab; sie wiesen nach, daß der Alkoholgenuss nicht nur zur Zerrüttung der Gesundheit, zur Zerstörung des Familienlebens, zur Verschlechterung der Erziehung führt, sondern daß er vor allem den Arbeiter in seinem Kampfe um die Befreiung aus dem kapitalistischen Joch schwächt. Erschütternd waren oft die aus der Versammlung mitgeteilten Erlebnisse von Arbeiterfrauen über die Wirkung des Alkohols, die in ihrer Schlichtheit auf die Zuhörer einen tiefen Eindruck machten. Man kann feststellen, daß die Werbewoche viele neue Anhänger für den Kampf gegen den Alkohol und gegen die Trinksitten auch der arbeitenden Bevölkerung gewonnen hat.

Baut Wohnungen, aber womit?

Der Regierungspräsident Krüger in Lüneburg weist in einem Artikel darauf hin, daß trotz aller Bemühungen die Wohnungsnot in Deutschland immer größer werde. Es müßten, um den bisherigen Fehlbetrag zu beseitigen und dazu den neuen Bedarf zu decken, wie auch der sozialdemokratische Abgeordnete Lipinski kürzlich im Reichstag nachgewiesen hat, Jahr um Jahr 300 000 Wohnungen gebaut werden. Woher aber die Mittel dazu nehmen? Krüger erinnert nun daran, daß das deutsche Volk im Jahre 1924, also in einem Jahre größter Not und Verarmung, etwa 4 Milliarden Mark für alkoholische Getränke ausgegeben hat. Würden die Arbeiter sich auch nur zum Teil des Alkohols enthalten, dann könnten die 1½ Milliarden Mark mit Leichtigkeit aufgebracht werden, die zum Bau der Wohnungen, vor allem von Heimstätten, gebraucht werden. Krüger schließt seinen Artikel:

„Wer eine Heimstätte mit Garten bewohnen darf, wer dort nach angestrengter Arbeit Erholung und Ruhe finden kann, wer seine Kinder in der Luft und Sonne aufwachsen sieht, der ist bereit gegen die Ver-

Juchung, in der Wirtschaft dem Alkohol zu fröhen. Darum sei unsere Parole: „Meidet den Alkohol, spart für heimstätten!“

Lesen und nachdenken!

25 Brauereien, deren Aktien an der Berliner Börse amtlich notiert werden, haben ihr Aktienkapital seit 1913 von 62,9 auf 93,2 Millionen Mark erhöht.

Etwa 500 000 Hektar ist die Fläche groß, die zur Erzeugung der Rohstoffe für die Bierproduktion in Deutschland dient. Auf dieser Fläche kann eine Menge Roggen gebaut werden, die zur Ernährung von fast 7 Millionen Menschen ausreichen würde. Wollte man Weizen statt Roggen darauf bauen, dann würde man eine Menge ernten, die ausreichend wäre, um 14 Millionen Menschen damit zu versorgen!

Die Zollvorlage vor dem Reichswirtschaftsrat.

Mitte Juni hat der Reichswirtschaftsrat sein Gutachten über die Getreide- und Futtermittelzölle fertiggestellt. Das Gutachten wird nun den Beratungen im Reichsrat und im Reichstage zugrunde liegen. Bekannt ist ja, daß die Reichsregierung unter Einfluß der Großlandwirtschaft auf schnelle Regelung der Zollfrage drängt.

Der Reichswirtschaftsrat hatte sich über eine Reihe von grundsätzlichen Zollfragen schlüssig zu werden. In der Zollvorlage der Regierung, die dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorlag, forderte die Regierung zunächst autonome Getreide- und Futtermittelzölle. Unter dem autonomen Zoll verstehen wir denjenigen Zoll, der von einem Land allein festgesetzt worden ist, ohne jede Rücksicht auf das Ausland. Bei diesem autonomen Zoll hat das Land, das ihn festsetzt, die Freiheit, ihn zu gegebener Zeit selbstständig zu ändern. Weiter verlangte die Regierung die Anerkennung dieser autonomen Getreidezölle als Minimal- oder Mindestzölle, d. h. die Getreidezölle sollen auch in den kommenden Handelsvertragsverhandlungen nicht geändert werden können. In Wirklichkeit forderte die Regierung den Getreidezoll als Mindestzoll, d. h. unveränderlichen Zoll. Dazu verlangte die Landwirtschaft Erhöhung der in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen Getreidezölle von 5 Mk. auf ungefähr 10 Mk. Sie begründete diese Forderung mit der Geldentwertung. Die Vertreter der Wissenschaft setzen sich für sogenannte Bereitschaftszölle und eine gleitende Getreidezollskala ein, d. h. der Zoll soll erst dann in Kraft treten, wenn der deutsche Getreidepreis unter dem Weltmarktgetreidepreis liegt.

In dem Gutachten werden die Forderungen nach einem gleitenden Zoll, nach dem Goldentwertungs Zoll und den Mindestgetreidezoll abgelehnt. Dagegen wurde eine Entschlieung angenommen, wonach die Getreidezölle als autonome Zölle in die kleine Zollvorlage aufzunehmen sind.

Die Annahme dieses Antrages erfolgte mit den Stimmen der Vertreter der Arbeitgeber und mit Hilfe einiger Vertreter der sogenannten Gruppe 3, die sich aus Vertretern des Handels usw. zusammensetzt. Die Gruppe 2 (Vertreter der Arbeitnehmer) erklärte sich gegen den Antrag oder enthielt sich der Stimmen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften stimmten geschlossen gegen sämtliche Anträge, auch gegen den Antrag der gleitenden Zollskala, weil diese nur geeignet ist, die Einführung von Getreidezöllen zu erleichtern.

Aus den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrates ist noch die Ablehnung eines Antrages zu erwähnen, der die Bildung eines sogenannten sozialen Fonds vorsah. Dieser Fonds sollte in den Reichshaushaltsplan eingelegt werden und 150 Millionen Mark betragen. Er sollte zu gleichen Teilen der Aufwertung der Vermögen, der sozialen Versicherungsträger, der Erwerbslospfürsorge und der Förderung des ländlichen Siedlungswesens zugute kommen. Wenn man sich diesen Fonds näher betrachtet, stellt er sich als ein Almosen heraus, das die Besessenen durch die Brotverteuerung infolge des Getreidezolls selbst bezahlen. Der Antrag wurde auch von den Arbeitnehmervertretern abgelehnt.

Dagegen nahm der Reichswirtschaftsrat eine Entschlieung an, wonach die Einführung von Einfuhrscheinen wieder in Kraft treten soll. Diese Einfuhrscheine waren schon vor dem Kriege ständiger Kampfgegenstand zwischen Produzenten, Händlern und Verbrauchern. Der Einfuhrschein wurde denjenigen deutschen Landwirten ausgestellt, die Getreide nach dem Auslande ausführen. Sie bildeten eine Anweisung auf einen Betrag in Höhe des Zolls für die gleichen Warenmengen, die vom Ausland nach Deutschland eingeführt werden sollten. Richtig gehandhabt, sind die Einfuhrscheine ohne Zweifel ein Mittel, um den Güterverkehr zu vereinfachen. Vor dem Kriege stellte sich aber heraus, daß mit den Einfuhrscheinen großer Mißbrauch getrieben wurde. Diese Scheine waren nämlich frei übertragbar und konnten wie bares Geld gehandelt werden. So kam es vor, daß auf Grund dieser Scheine, die für die Ausfuhr von Getreide ausgestellt waren, andere Waren eingeführt wurden, da sie ja von jedem aufgekauft werden konnten. Die Folge war eine Steigerung der Getreideausfuhr und eine Verknappung des Getreides in Deutschland selbst. In diesem Zusammenhang wurden die Einfuhrscheine ein Mittel der Brotverteuerung. Wir wollen hoffen, daß es unseren Vertretern im Reichstag gelingt, die Wiedereinführung der Einfuhrscheine zu verhindern.

Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine,

der vom 14.—18. Juni in Stettin stattfand, bildete eine Art wirtschaftliche Musterung der genossenschaftlichen Unternehmungen, an denen vornehmlich die Arbeiterschaft ein starkes Interesse hat. Und wenn der Verlauf der Genossenschaftstage der Konsumvereine sich auch nicht in den Formen vollzieht, wie es bei Partei- und Gewerkschaftskongressen der Fall ist, wenn eine noch straffere geschäftsordnungsmäßige Disziplin und der Generat als Vorparlament des Genossenschaftstages alle Störungen und Seitensprünge von vornherein vereitelt, dann darf man eben nicht übersehen, daß die Konsumvereine Wirtschaftsunternehmungen sind, die sich in gesetzlichen Rahmen bewegen müssen, weil ihnen finanzielle und materielle Güter der Mitglieder anvertraut sind.

Wenn auf einer solchen Tagung nahezu 1000 Vertreter zusammenströmen, dann läßt sich leicht denken, daß die praktischen Arbeiten, die geleistet werden müssen, aufs sorgfältigste vorbereitet werden. Dies geschieht durch den schon erwähnten Generatrat, in den die 10 Revisionsverbände, aus denen der Zentralverband besteht, etwa 150 Vertreter entsenden. Hier werden die Stoffe gesichtet und beraten und die Entschlieungen des Genossenschaftstages vorbereitet, so daß es letzten Endes nur darauf ankommt, daß der in den Menschen und den Dingen stekende Geist richtig gewertet und in die richtigen Formen gebracht wurde, um dann die Anerkennung oder Zustimmung durch die entscheidende Körperschaft zu finden, die im „Genossenschaftstag“ zum Ausdruck kommt.

Die Bedeutung der genossenschaftlichen Wirtschaftsbewegung kam schon bei der Eröffnung der Tagung zum Ausdruck, denn an ihr nahmen auch eine Reihe ausländischer Genossenschaftsvertreter teil, insbesondere britische, die über die Fortschritte in ihren Ländern berichteten. Von den Regierungsvertretern war es besonders der pommerische Oberpräsident Lippmann, der ein rüchhaltiges Bekenntnis zugunsten der wirtschaftlichen und ideellen Bedeutung der Konsumgenossenschaften ablegte.

Der erste Verhandlungstag stand noch unter dem Eindruck der schweren Schäden der Inflationszeit, der schweren Belastung durch Umsatz- und Gewerbesteuer und der drohenden Zollvorlage, die den Verbraucher und damit die Konsumvereine treffen soll. Auch der Kampf der Kartelle und Syndikate gegen die Konsumgenossenschaften bildete den Gegenstand der Berichterstattung, woraus zu schließen war, daß die zweite Entwicklungshöhe der konsumgenossenschaftlichen Bewegung angebrochen ist: der Wirtschaftskampf mit den Produzenten, nachdem die Durchsetzung der genossenschaftlichen Wirtschaftsform gegen den Privathandel zur Tatsache geworden ist. Die Feststellung dieser Tatsache ist von höchstem Interesse, denn sie ist ein weiteres Zeugnis von der

Ausdehnungskraft der konsumgenossenschaftlichen Bewegung.

In drei Entschlieungen nahm der Genossenschaftstag zu der Umsatzsteuer, der Kartellfrage und der Zollvorlage eine scharf ablehnende Stellung ein und man kann wohl annehmen, daß das von den Konsumvereinen gebotene Material den Arbeitervertretern des Reichstags gute Waffen liefert, die im Interesse der Allgemeinheit Verwendung finden können, besonders, wenn hinter diesen Entschlieungen eine Organisation von über 3½ Millionen deutscher Familien steht, die rund 50 000 Menschen beschäftigt und in der Warenherstellung wie in der Warenverteilung die Elemente der künftigen Wirtschaftsordnung in sich trägt.

Aus dem Geschäftsbericht war außerdem zu entnehmen, daß die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, eines der größten Druckereunternehmen mit Papierwarenfabrik, für 3,2 Millionen Mark Erzeugnisse an die Genossenschaften absetzte. Die „Volkspfürsorge“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, hat einen Bestand von 40 000 Versicherungen und der Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sind 277 Organisationen mit 14 397 pensionsversicherten Personen angeschlossen. Zum Bestand des Zentralverbandes gehört noch die Fortbildungskommission mit zwei Lehrern, die Kurse im ganzen Reiche abhält und einen längeren Winterturfs in Hamburg. Die Einrichtung ist geschaffen, um die Weiterbildung und Heranziehung eines geschäftstechnisch fertigen Nachwuchses zur Führung der genossenschaftlichen Unternehmungen zu sichern. Wertwürdigerweise gab es gerade beim Bericht der Fortbildungskommission am zweiten Verhandlungstage eine ausgewachsene Kommunistendeckel, wobei — wie beim Geschäftsbericht — die „Einheitsfront“ mit den Gewerkschaften und die „politische Weiterbildung“ der Genossenschaftsbewegung eine amüsante Rolle spielten. Ernsthafter ist die Frage der Mitarbeit der Frau in der Genossenschaftsbewegung. Daß die Frau vor allem für den Ideengehalt und für die Wirtschaft des Genossenschaftswesens gewonnen werden muß, wenn die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung in ihrer Bedeutung voll erfährt und dementsprechend noch weit mehr in die Tiefe und Weite gehen soll, zeigte ein Vortrag über die Bedeutung und Förderung der zentralen genossenschaftlichen Eigenproduktion. Denn daraus ging hervor, daß nicht nur die Warenumsätze bei den Konsumvereinen durch ihre Mitglieder — mit 159 Mt. pro Familie und Jahr (1924) gegen 289 Mt. im Jahre 1914 — beschämend niedrig sind, sondern daß auch die Bezüge der Konsumvereine selbst bei ihrer Warenzentrale, der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, zum größten Teile ebenso bescheiden sind. Insbesondere war es von größtem Interesse, zu hören, daß die technisch modernen und vorbildlichen Produktionsbetriebe der Großverkaufsgesellschaft das 3e h u f a c h e ihrer Produktion vom Jahre 1924 leisten könnten, wenn die Konsumvereine und ihre sämtlichen Mitglieder die Kernfrage der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation richtig erfährt hätten und danach handeln würden. Denn, sagte schon einmal August Bebel: „Vom Profit raucht der Schornstein!“ Und wenn auch der „Profit“ in der Genossenschaftswirtschaft einen ganz anderen Sinn hat, als im privaten Wirtschaftsbetriebe, so ist es eben doch so, daß die eigene Warenerzeugung und die Warenverteilung nur in der Mengen- und Massenerleistung — normaler Preis und Qualitätsleistung vorausgesetzt — die Hebelorgane der Gemeinwirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft veranschaulichen können.

Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes ist, das ging aus seinem ganzen Verlauf hervor, nicht in erster Linie eine repräsentative Angelegenheit — obwohl auch diese für eine so wichtige Wirtschaftsbewegung ihre besondere Bedeutung besitzt —, sondern er ist auch von eminent praktischer Bedeutung hinsichtlich der Richtlinien für die Geschäftsführung der Konsumgenossenschaften, aber auch für die genossenschaftliche Wirtschafts- und gewerkschaftliche Tarippolitik. Und für die dem Sozialismus Zustrebenden bildet er den sichtbaren Ausdruck einer wirtschaftlichen Volksbewegung, für die alle Kräfte der Verbrauchermassen in ihrem eigenen Interesse einstehen müssen.

UNSERE JUGEND

Mein Feiertag.

Auch ich saß einst in eurem Kreis
in engen, dunstigen Lokalen
und trank und trank, und kannte nicht den Preis,
den wir für dieses Daseins Freuden zahlen.
Mit schwerem Kopf nach halb durchschwelger Nacht,
mit leeren Taschen bin ich aufgewacht!
Ist das ein Feiertag?

Des Lebens Wert hab' ich erkannt,
ein and'rer Reiz hält mich gefangen,
den Wandersfab nahm ich zur Hand,
ins weite Land bin ich gegangen.
Es grünt und blüht, und Sonnenschein,
der zog auch mir ins Herz hinein.
Das ist ein Feiertag!

Otto Otfmann.



Arbeitet für die Zukunft!

In allen unseren Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen zeigt sich immer wieder, daß das Interesse, das unsere Jugendlichen diesen entgegenbringt, leider nicht so groß ist, wie es eigentlich sein müßte. Ist das Interesse aber kein reges, dann ist es das gleiche auch mit allen übrigen Arbeiten, die zwar für die Organisation, aber doch vorwiegend auch für die Sicherstellung der eigenen künftigen Existenz geleistet werden müssen. In allen unseren Versammlungen, in unserer Zeitung und überall, wo sich nur Gelegenheit hierfür bietet, ist und wird deshalb immer wieder darauf hingewiesen, daß von den älteren Kollegen und Kolleginnen viel mehr getan werden muß, um das Interesse unserer jungen Kollegen und Kolleginnen zu wecken. Wir haben vor allen Dingen dabei immer an die Eltern zu appellieren, daß sie der heranwachsenden Jugend die notwendige Aufklärung geben, in dem Bewußtsein, daß das Elternhaus verpflichtet ist, den Grundstein für die Entwicklung der agitatorischen Kräfte zu legen.

Die heutige Jugend hat es bedeutend leichter, sich über das Organisationsleben zu unterrichten, als wir wir Alten das tun konnten, weil heute in allen Familien die Organisationsfrage einen großen Raum einnimmt. Es bleibt nicht aus, daß die Eltern sich über solche Frage unterhalten und gerade die Jetztzeit gibt dazu die meiste Veranlassung.

Unsere Jugend kann also heute nicht mehr sagen, daß sie nicht schon im Elternhause Gelegenheit in Hülle und Fülle hätte, alle die Dinge besprechen zu hören, die mit der gewerkschaftlichen Organisation aufs engste verknüpft sind. **Um so mehr können und müssen wir aber auch von der Jugend verlangen, daß die in ihr liegenden geistigen Kräfte dazu benutzt werden, der Organisationsarbeit dienstbar gemacht zu werden.**

Die Arbeiterbewegung ist groß geworden, in Scharen sind die Arbeiter und Arbeiterinnen zu den gewerkschaftlichen Organisationen gekommen. Sehr viele der heute organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen kennen nicht aus eigener Anschauung die Schwere der gewerkschaftlichen Kämpfe, wie sie sich früher abgespielt haben. Der größte Teil der heute organisierten Arbeiter ist sich nicht klar darüber, wie viele geistige Kräfte gebraucht werden, um eine aufgebaute Organisation auch lebens- und aktionsfähig zu erhalten. Die Arbeiterbewegung hat zu allen Zeiten darüber geflagt, daß der Kreis der Personen, die sich rednerisch und schriftstellerisch in den Dienst der Gewerkschaften stellen und gestellt haben, ein zu kleiner ist. Zu leicht ist es, die Früchte der Arbeit anderer einzustreuen. War der Mangel an diesen Kräften schon früher ein Uebelstand, um so größer ist er

heute bei den riesig angeschwollenen Gewerkschaften. Das Refutiat ist also, wir brauchen Kräfte. Woher sollen wir sie nehmen. Die Frage stellen, heißt sie auch beantworten. Wir müssen sie aus unserer Jugend hervorbringen. Noch sind unter uns die Alten, die die Gewerkschaftsgeschichte genau kennen, weil sie ein Stück ihrer Lebensgeschichte selbst ist. Aber ewig werden die Alten nicht leben, ihre Kräfte werden eines Tages erlahmen; der Feuereifer, mit dem sie ihr langes Leben gewirkt haben, wird erlöschen und kühler Raufen wird die denken, die ihr alles für die Arbeiterbewegung eingesetzt haben.

Wenn der Zeitpunkt kommt, wo die Alten unter uns scheiden, dann, Kollegen und Kolleginnen, muß neues, junges Blut vorhanden sein, das in die Bresche springt und die Lücken ausfüllt. Wer kann das aber anders sein, als die, die jetzt als Jungvork unter uns leben, die mit uns die schwere Zeit durchmachen müssen. Gewiß empfindet die Jugend die Zeit nicht so hart, wie wir Alten, denn ihre überschäumende Kraft läßt alle Schwere des Lebens ihnen leichter werden. Aber trotz alledem, wenn die Jugend die Augen ein wenig offen hält, dann sieht sie das Elend im Elternhause aus allen Ritzen hervorkriechen.

Weil dem so ist, weil wir euch brauchen, weil es euer eigenes Interesse bedeutet, deshalb, ihr jungen Kollegen und Kolleginnen, müßt ihr heraus aus der Gleichgültigkeit, müßt auch eure Kräfte in den Dienst der Organisation stellen. Der Wille zum Anfang muß vor allem vorhanden sein. Ist man erst einmal in der Arbeit drinnen, dann kommt die Freude von ganz allein. Lernen müßt ihr, Geschichte lernen vor allem, wie es früher ausgehen im gewerkschaftlichen Leben, und habt ihr erst einmal angefangen zu lernen, habt ihr erst einmal begonnen euch mit anderen Fragen als bisher zu beschäftigen, dann wird auch die Lernbegierde ganz von allein kommen und mit der Lernbegierde dann zugleich auch die wahre Freude an der geistigen Anteilnahme an der Arbeiterbewegung.

Nicht eure Jugend wollen wir euch rauben, Spiel und Volkstanz soll euch bleiben, aber alle Tage eine Stunde der Organisation zu widmen, eine Stunde des Studiums oder der Mitarbeit, das müssen wir von euch verlangen. Keiner von euch weiß, welche geistigen Kräfte in ihm schlummern, die, wenn sie einmal geweckt, die herrlichsten Früchte tragen können. Die Arbeiterbewegung hat viele und hohe Ehren zu vergeben, aber sie fallen niemand in den Schoß, sie müssen erworben, erlernt und erarbeitet werden. **Wollt ihr, daß euch die Zukunft geböt, dann müßt ihr für diese Zukunft auch arbeiten!**

S. Grünzel.

Die deutsche gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Im Sommer 1922, als die deutschen Gewerkschaften ihren Höchststand erreicht hatten, war die Zahl der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder auf etwa 450 000 gestiegen. Der Leipziger Gewerkschaftskongreß hat ein Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit aufgestellt. In den deutschen Gewerkschaften wird, wie S. Masche, der Jugendsekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einem Bericht ausführt, eine rege Jugendarbeit entfaltet. Die einzelnen Verbände bilden für sich Jugendgruppen und von den Gewerkschaften werden örtliche Jugendkommissionen, von den Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Jugendartelle gebildet. Eine Anzahl von Verbänden errichtete Jugendsekretariate und gab Jugendzeitschriften heraus.

Die Gewerkschaften befassen sich auch eingehend mit den wirtschaftlichen Interessen ihrer jugendlichen Mitglieder. Während der Inflation war es besonders schwierig, die Kostgeldsätze der Lehrlinge stets rechtzeitig zu erhöhen. Für viele Berufe konnte dies durch die Tarifverträge erzielt werden. Die Organisationen des Handwerks liefen Sturm dagegen, denn sie fühlten sich auf Grund der Gewerbeordnung für Lehrlingsfragen allein zuständig. Die Rechtsprechung kam ihren Ansichten sehr weit entgegen. Wiederholt haben Lohnkämpfe stattgefunden, weil die Arbeitgeber sich der Einbeziehung der Lehrlinge in den Tarifvertrag widersetzen. Auch der Achtstundentag ist für die Lehrlinge nicht verwirklicht. Nach der gegenwärtigen Arbeitszeitverordnung können die Lehrlinge eine Stunde pro Tag über die Arbeitszeit hinaus mit Aufräumen beschäftigt werden.

Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände führt auch einen heftigen Kampf für die gesetzliche Einführung von Ferien für die erwerbsfähige Jugend. Er fordert drei Wochen bezahlten Urlaub für erwerbsfähige Jugendliche unter 16 Jahren und zwei Wochen zwischen 16 und 18 Jahren. Das Jugendsekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie die Jugendleiter der einzelnen Verbände bemühen sich, das Verständnis für die Angelegenheiten der Jugend innerhalb der Arbeiterschaft selbst zu vertiefen.

Die Fahrpreise für Jugendfahrten.

Die ganz unbegründete Erhöhung der Personentaxe der Eisenbahn um 10 Proz. hat leider die Aufmerksamkeit von einer anderen, nicht weniger realtären Maßregel der Reichsbahnverwaltung abgelenkt. Die ständige Tarifkommission hat nämlich, ohne sich mit den staatlichen und privaten Vereinigungen für Jugendwohlfahrt ins Benehmen gesetzt zu haben, die Ermäßigung für Jugendfahrten von 50 auf 33½ Proz. herabgesetzt. Der Preis für Jugendfahrten 4. Klasse stellt sich danach auf 2 Pf. für das Kilometer; die Bahn erhebt also den ungekürzten Friedensfuß der 4. Klasse für die Jugendfahrten! Die Vorstellungen des Preußischen Staatsministeriums bei der Reichsbahnverwaltung und beim Reichsministerium wegen Wiederaufhebung dieser Verleuerung sind leider ergebnislos geblieben, ja, es besteht die Befürchtung, daß über kurz oder lang auch noch der kümmerliche Nachfuß von 33½ Proz. aufgehoben wird. Der Verband deutscher Jugendherbergen, der seit Jahren um die Herabsetzung des Fahrpreises 4. Klasse für Jugendpflege- und Schulfahrten auf 1 Pf. das Kilometer kämpft, ersuchte die Fraktionen des Reichstages, auf ein Entgegenkommen der Reichsbahn hinzuwirken. Es ist in der Tat unbegreiflich, daß die Eisenbahnverwaltung den Bestrebungen, die Jugend aus engen Wohnräumen und Kneipen heraus und zur Natur zurückzuführen, so geringes Verständnis entgegenbringt.

Die Arbeiterdichter des Arbeiterjugendverlags.

Von Walter Bähr.

Als ich vor einigen Jahren die Vortragsfolge des ersten öffentlichen Arbeiterdichters abends in Erfurt auszuwählen durfte, stimmten mich vorher und nachher zwei Tatsachen besonders nachdenklich. Vorher: Ich mußte die Beispiele fast ausschließlich solchen Arbeitergedichtbüchern entnehmen, die bei bürgerlichen Verlegern erschienen waren. Nachher: der schwerwiegendste kritische Einwand, den eine bürgerliche Tageszeitung zu erheben vermochte, war der, daß die Arbeiterdichter den Achtstundentag besängen!

Ein paar Dutzend Monate haben ausgereicht, in beiden Hinsichten neue Wege einer Entwicklung zu erschließen, die sich sehr zukunftsverheißend anläßt. Vor mir liegen neun schmucke kleine Bücher in zum mindesten gefälliger, zumeist kunsttechnisch muster-gültiger Ausstattung. Ihr Herausgeber ist der Arbeiterjugend-Verlag*, ihr Inhalt sind Arbeiterdichtungen, die sich über das zweifelhafte äußerst besingenerwerte Stoffgebiet des Achtstundentages hinaus mit allen Erlebnisformen des Daseins beschäftigen, die der künstlerischen Formung überhaupt zugänglich sind.

Welch große Tat diese kleinen Bücher darstellen, welche erheblicher Kulturfördernder Wert ihnen innewohnt, wird jeder Leser selbst erkennen können, der sich in diese Gedichtbücher mitfühlen des Gemütes und einführender Seele hineinliest. Er darf auch, wenn er sich aus dem bürgerlichen Lager der Gegner ihnen nähern sollte, getroffen den großen kritischen Maßstab dabei mit sich führen — die Arbeiterdichter des Arbeiterjugend-Verlags brauchen die scharfe Schneide der Kritik nicht zu scheuen: Ihre Dichtungen sind Erlebnis, durch das Mittel der Sprache künstlerisch geformt.

Es soll nicht bestritten werden, daß mitunter der einzelne Vers, oder bisweilen das einzelne Gedicht dieser Sammlungen noch nicht den höchstreichbaren Gipfel dichterischer Meisterhaftigkeit erklimmen, aber ein Kunstwert will (nach Goethe) zunächst als ein Ganzes gewürdigt werden, als ein Ganzes, das um so vollkommener ist, je mehr Form und Inhalt einander wechselseitig durchdringen. Das kritische Auge, das seinen unbefangenen und unbefleckten Blick auf diese Arbeitergedichte als auf ein Ganzes richtet, wird nicht umhinkönnen, dem strebenden Bemühen dieser Arbeiterdichter — das heißt, dieser künstlerischen Menschen einer werdenden neuen Zeit, die zugleich Arbeiter und Dichter sind — die ehrenvollste Anerkennung zu zollen.

Eine frühere Gegenwart empfand als Arbeiterdichtungen solche dichterischen Schöpfungen, die der Stimme des Mitleids, der Stimme der Anklage, der Stimme der Freiheit zündende Worte liehen und zumeist von Nichtarbeitern (im engeren Sinne) verfaßt und an Nichtarbeitende (im weitesten Sinne) gerichtet waren. Diese Elendsdichtungen für Mitleidende, diese Anklagedichtungen für Schönegeister, diese gereimten Leitartitel für Nichtpolitiker sind für die Gegenwart zwar nicht ihrer Ehrwürdigkeitswerte entbehrlich, muten aber das seine Kulturbedürfnisse klar erkennende, tatfrohe Gegenwartsgedicht etwas zeitfern an.

Die schaffenden Stände, als Schöpfer der Zivilisationswerte im Aufstieg zu deren Kulturinhalten begriffen, sind sich der Erkenntnis bewußt, daß es sich hierbei um keine äußere Eroberung, daß es sich um eine innerliche Erarbeitung durch das Erlebnis handeln muß. Um das künstlerische Erringen des Erlebnisses kreisen die Dichtungen der gegenwärtigen Arbeiterdichter, die in der wertigsten Jugend den Widerklang des Gemeinschaftserlebnisses suchen und finden. Dabei ist nicht ohne Wert zu beobachten, wie ihr größtes graufiges Erleben — der Krieg — allgemein zurücktritt vor der neuen, größeren Aufgabe: dem Bekennen zur Arbeit, der Befreiung der Welt vom Fluch des Ungeistigen, der Befreiung des Schaffens mit Lebensinhalten.

Es ist ein schöner und gewinnender Zug des Arbeiterjugend-Verlags, daß er die Reihe der „Deutschen Arbeiterdichter“ mit der Sammlung „An die neue Jugend“ von Karl Hendell eröffnet hat.

Diesem Schöpfer, Kopfarbeiter von erstaunlicher Frische, ist es beschieden, nicht zu veralten. Braufende Jugend sind seine Verse, der stets „im Lied ge-beichtet, was er im Leben fand“.

Karl Bröger, von Freund und Feind längst anerkannt, bietet im „Blühenden Hammer“ eine Auswahl seiner Gedichte dar, die diesen in vielen Schicksalen beheimateten Dichter immer leuchtender, immer glühender, immer strahlender zeigen. Möge die Erkenntnis seines warmblütigen Hölderlin-Lobpreises weitestes Gemeingut werden, daß wir sind „Söhne der Sonne und Brüder dem großen Pan“.

Gleichfalls eine Ernte aus seinem umfangreichen Gesamtchaffen stellte Max Barthel in dem Doppelband „Leberfluß des Herzens“ zusammen. Dieser begnadete Dichter, der durch Berufe wie durch Landschaften pilgerte, findet Farben von zarterer Pracht; ihm gelingen Töne von bestückender Innigkeit, wie: „Das Blut geht still durch deine Hand, wie eine Quelle durch das Land“.

Jürgen Brand (der frühere Bremer Lehrer E. Sonnemann) ist der Verfasser der von der Arbeiterjugend vielgelungenen Lieber „Wir sind jung, die Welt ist offen“ und „Wenn die Arbeitszeit zu Ende“, die er dem Bändchen „Wir sind jung“ mit Recht vorangestellt hat. Ihm eignen besonders ein liedmäßiger Fluß der Verse und die feinen Tönungen sanfter Naturstimmungen.

In letzteren ihm verwandt erscheint Ludwig Lessen, der die Natur liebt, wie selten einer, daneben aber bereits im Titel seiner Gedichtsammlung „Wir wollen werden, wir wollen werden“ zugleich den frischen Wanderschnitt wider-tönen läßt, der durch die messen seiner Verse klingt. Seine grauem Kopfhängertum abgewendete Art ist lebendig und zielklar: „Wir bringen Wissen — und Wissen ist Macht“.

„Jungfreudig Volk“ steht über den Gedichten des verstorbenen, aber unvergesslichen Franz Diederich, der bei aller zärtlichen Zuneigung zu den Naturgeheimnissen von Moor und Heide mit nicht minder starker Liebe am rauschenden Strom des Diesseitigen verweilte. Mit der Auswahl seiner Gedichte fezte der Verlag dem Toten ein für die Lebenden willkommenes Ehrenmal.

Otto Krille, der mit an der Wiege der Arbeiterjugendbewegung gestanden hat, verdient mit „Aufschrei und Einflang“ besonders genannt zu werden. Ungezählt sind die Scharen derer, die seine Kampf- und Truggedichte begeisterten („Wir sind der junge Staat, erzeugt vom Proletarierweibe“). Viele werden überrascht sein, neben solchen erzählenden Versen volkstümliches Blüten zu finden.

Lebendiger Gestalter vieler Schwingungen, die uns umtreiben, ist Bruno Schönkant, „Sei uns du Erde“, heißt die Auswahl, die er aus seinem mannigfaltigen Schaffen selbst zusammengestellt hat. Es ist ein weiter, sonnebeglänzter und stürmeüberwehelter Weg von der lodenden Süße des „Blühenden Einfers“ bis zu der ausgewählten Tiefe des „Liedes vom täglichen Brot“.

An dem Doppelband „Jüngste Arbeiterdichtung“, von Karl Bröger aus mehr denn zwölfhundert Einsendungen werttätiger Jugend verantwortungsvoll ausgesondert, achtungslos vorüber-zugehen, wäre ein Unrecht gegen sich selbst. Dieser Gedichtband würde als deutsche Kulturart höchsten Wertes gepriesen werden — wäre es nicht die Jugend des vierten Standes, die ihn geschaffen hat. Das Laßen und Suchen, Sehnen und Sammeln, Berken und Wirken, Wollen und Wünschen der jugendlichen Unterdrückten, an Werkflaß, Fabrik und Schreibstube Geseffelten, geben sich darin erschütternde und erhebende Stelldichtheine. Es wäre abwegig, in diesen ergreifenden Drang zum Licht die formkritische Sonde zu senken. Möchten diese Quellen, die für viele noch unbekanntere an den Tag getreten sind, nicht verschüttet werden.

Che ich von den Arbeiterdichtern des Arbeiterjugend-Verlags für diesmal Abschied nehmen muß, bleibt mir noch die Pflicht zu sagen, daß jedes der kleinen Gedichtbücher von einem sachlich klaren und doch warmherzigen Vorwort eingeleitet ist. Der angekündigten Fortsetzung der Sammlung darf mit nicht zu geringen Erwartungen entgegengesehen werden.

Inflation und Lehrlingswesen.

Die tief einschneidenden Inflationsnöte die die Arbeiterchaft spiegeln sich in einer kurzen Notiz der Berliner Buchbinder-Zwangsinning über das Lehrlingswesen erneut wider. Nach dieser Bekanntmachung waren bei den 475 Innungsmitgliedern — darunter 7 Witwen — insgesamt 356 Lehrlinge beschäftigt. Von diesen waren 156 Lehrlinge im ersten Lehrjahr, 81 im zweiten Lehrjahr und 119 im dritten Lehrjahr beschäftigt. Die auffallend geringe Zahl der Lehrlinge des zweiten Lehrjahres läßt deutlich erkennen, daß das Schreckensjahr 1923 mit seiner Währungs-katastrophe es Hunderttausenden Eltern unmöglich machte, ihren Kindern eine handwerksmäßige Ausbildung zu geben. Auch die relativ geringe Zahl der im dritten Lehrjahr, also 1922 ihre Lehre begonnenen 119 Lehrlinge beweist die schon damals vorhandene Notlage. Dagegen läßt das starke Auf-schnellen der Lehrlingszahl im ersten Lehrjahr, also 1924 ihre Lehre begonnenen Lehrlinge eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Lage erkennen.

Die Möglichkeit, ihre Kinder das Buchbinder-handwerk erlernen zu lassen, wird aber auch heute noch stark unterbunden. durch das rückständige Verhalten sehr vieler Handwerksmeister und der Innungen selbst. Denn bei den heutigen geringen Entschädigungsfähigkeiten, die die Meister in den Provinz-orten, aber auch in den Großstädten den Lehrlingen noch immer zu zahlen für gut befinden, ist es auch jetzt noch vielen Eltern unmöglich, ihre Kinder die Lehrzeit durchhalten zu lassen.

Die folgende Zusammenstellung der Berliner Lehrlingsentschädigung ist ein deutlicher Beweis hierfür. Es werden gegenwärtig an Entschädigungen gezahlt:

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr
	Mark	Mark	Mark	Mark
Buchbinderlehrlinge (nach Anweisungen der Berliner Handwerkerkammer)	5,—	6,—	8,—	
Kartonnagenlehrlinge nach dem Reichstarif	5,75	7,70	9,60	
Buchdruckerlehrlinge nach dem Reichstarif	4,80	9,60	14,40	19,20

Es wäre daher dringend notwendig, daß unsere Handwerksmeister im allgemeinen und ihre Innungen im besonderen der Lehrlingsentschädigungsfrage etwas mehr Aufmerksamkeit zuwenden, endlich einer besseren Einsicht sich zugänglich zeigen und auch in unserem Gewerbe die Entschädigungsfähigkeit der Lehrlinge zeitgemäß erhöhen würden. Denn nicht zuletzt würde dies auch zur Befundung der beruflichen Verhältnisse wesentlich beitragen.

Eine Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe.

Nach wiederholten vergeblichen Versuchen ist nunmehr eine Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe vereinbart worden, bei der die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter des Buchdruckgewerbes und der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag als Kontrahenten auftraten. Die Lehrlingsordnung enthält Vorschriften über den technischen Ausbildungs-gang der Lehrlinge und über vorzunehmende Zwischenprüfungen; sie gewährt den Vertragsparteien Einfluß auf die Fach-schule und die Fachlehrer. Die bisher im Buchdrucker-tarif enthaltenen Bestimmungen über die Höchstzahlen der Lehrlinge in einem Betrieb und über deren Lohn- und Arbeitsbedingungen einschließlicher der Ferien sind in die Lehrlingsordnung übernommen. Der Handwerks- und Gewerbekammertag hat die Verpflichtung übernommen, die Handwerks- und Gewerbekammertag zu veranlassen, die Bestimmungen der Lehrlingsordnung als Vorschrift für das Lehrlingswesen im Buchdruckgewerbe zu erlassen, dagegen sind die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter verpflichtet, diese Bestimmungen in den nicht handwerksmäßigen Betrieben durch-zuführen. Die Gewerkschaften des Buch-drucker-verbundes hat dieser Regelung zugestimmt.

* Arbeiterjugend-Verlag, Berlin S-B. 61, Belle-Alliance-Platz 8; „Die deutschen Arbeiterdichter“, 7 Einzel- und 2 Doppelbände, der Einzelband kartoniert 45 Pf., in Galbeinen 80 Pf.; der Doppelband kartoniert 80 Pf., in Galbeinen 1,50 Mk.

Wie steht es mit den Ferien?

Diese Frage wird jetzt des öfteren an alle Gewerkschafter gestellt. Aber nicht von organisierten Kollegen oder Kolleginnen, sondern von unorganisierten. Eine solche Blüte fragte kürzlich den Betriebsrat: „Du, wie sieht es mit den Ferien?“ Darauf der Vertrauensmann: „Hast du denn ein Recht, zu fragen? Bist du organisiert?“ Und er erhielt die Antwort: „Jawohl, organisiert bin ich seit 1913.“ Diese Antwort löste große Heiterkeit aus und es mußte festgestellt werden, daß der Betreffende im letzten Vierteljahre sich zweimal in den Verband aufnehmen ließ, aber auch zweimal wieder ausgetreten ist. An dem Tage, an dem er die Frage an den Betriebsrat richtete, war er auch schon wieder „langjähriges“ Verbandsmitglied, d. h. er gehörte schon den zweiten Tag dem Verbands an.

So sehen die Leute aus, die dem Verbands die Beiträge vorenthalten, aber wenn etwas erreicht worden ist, sei es in der Lohn- oder Ferienfrage, dann entwickeln diese unorganisierten Herrschaften den größten Appetit und sie sind die ersten, die in den Genuß der Kampferfolge der Organisation treten wollen. **Es muß einmal soweit kommen, daß die freien Gewerkschaften es ganz entschieden ablehnen, auch für diejenigen einzutreten, die die Verbandsbeiträge sparen, denn wer nicht zahlen will, soll auch nicht ernsten!**

Zu unserem Verbandstag.

Wenn man weiß, daß fast alle früheren Verbandstage eine Erhöhung der Beiträge brachten und daher auch immer lebhaft Debatten hervorriefen, dann dürfte auch der diesjährige Verbandstag mit seiner abermaligen geplanten Beitragserhöhung wiederum auf den heftigsten Widerstand stoßen. Es mögen noch so viel schöne theoretische Begründungen für eine Erhöhung sprechen, die Mehrzahl der Mitglieder, namentlich der weiblichen, sind immer sehr schwer für eine Erhöhung zu gewinnen, noch dazu, wo jetzt täglich wieder die Lebensmittel steigen. Je höher der Beitrag, desto schwieriger ist die Agitation bei den weiblichen Mitgliedern.

Um nun diesen Mitgliedern eine Erhöhung der Beiträge recht schmackhaft zu machen, beabsichtigt man, wieder die alten Unterstützungen einzuführen, obgleich in den letzten Jahren ständig betont wurde, daß unser Verband kein Unterstützungsverein sei, sondern in erster Linie eine Kampforganisation sein soll.

Soll die Unterstützungsfrage neu geregelt werden, dann kann doch nur die Streit-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung in Frage kommen, ebenso muß die Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung eine neue Regelung finden. Alle anderen Unterstützungen aber können nicht in Betracht kommen, da sie mit gewerkschaftlichen Forderungen nichts zu tun haben.

Eine andere Hauptfrage aus dem Verbandstage ist die Agitation und Stärkung unserer Klasse. Was die Agitation betrifft, so muß ich mich den Ausführungen des Kollegen Mitsche anschließen, wenn er sagt, das Schwergewicht in der Agitation muß heute mehr auf die Betriebe gelegt werden. In den Betrieben, in denen die Mehrzahl organisiert ist, hat es die Arbeiterschaft immer in der Hand, einen Druck auf die Unorganisierten auszuüben, dagegen in den Betrieben, wo nur einzelne organisiert sind, ist es Pflicht der Zahlstellen-Verteilung durch öftere Bestandenbesprechungen agitatorisch einzugreifen.

In bezug auf die Stärkung unserer Verbandskasse wäre wohl auch einmal zu erörtern, ob denn die teuren Verbandstage nicht in längeren Zwischenräumen stattfinden könnten, wenn man weiß, daß ein Verbandstag viele Laufende kostet und wir doch unseren Beitrag haben, der auch ohne Verbandstag Beschüsse fassen kann. Ferner wäre zu erwägen, ob nicht auch die Zahl der Delegierten herabgesetzt werden kann. Es sind dies alles Fragen, die einmal besprochen werden müssen.

Von den vielen Anträgen und Wünschen, die zur Debatte stehen, möchte ich nur noch die Zeitungsfrage streifen. Einer wünscht, daß die Zeitung neutral sein möge und keine politischen Artikel bringen soll. Ein anderer Antrag will eine Jugendbeilage. Andere wieder wollen mehr Stoff für die weiblichen Mitglieder usw. Meine Ansicht geht dahin, daß unsere Zeitung außer beruflichen Artikeln auch das politische Gebiet streifen muß. Da jede Gewerkschaftspresse für die Arbeitgeber maßgebend ist und demnach die Arbeiterinteressen voll und ganz vertreten soll, so muß auch die Presse, wenn sie nicht als rückwärtlich bezeichnet werden soll, allen den Parteien, die sich die Befämpfung der Gewerkschaften und deren Führer als Lebensaufgabe gestellt haben, mit den schärfsten Waffen entgegentreten. Wenn unser Verband eine Kampforganisation sein soll, ist eine neutrale Hal-

tung unserer Zeitung nicht angängig. Außerdem wissen wir ja auch, daß man mit allen Mitteln die Ergründungen der Arbeiterwieder zu vernichten sucht. Die Gewerkschaften sollen geschwächt werden und da ist es doppelt notwendig, daß unsere Zeitung auch eine schärfere Haltung einnimmt, damit auch unsere Kollegen, die noch immer die bürgerlichen Klatsch-Blätter unterfertigen, etwas aufgemuntert werden. Zu empfehlen wären auch aufklärende Aufsätze für unsere weiblichen Mitglieder. Vielleicht könnte man auch durch kleine Erzählungen wie früher unsere weiblichen Kollegen an unsere Zeitung fesseln. Jedenfalls werden unsere Delegierten alle Wünsche und Anträge eingehend prüfen müssen, um das Beste zum Wohle und Stärkung unseres Verbandes herauszufinden.
J. P a l m e, Dresden.

Berichte.

Berlin. Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Ergebnis der Urwahl der Delegierten zum Verbandstag folgendes ist: Abgegebene Stimmen 2242, ungültige Stimmen 259, gültige Stimmen 1983.

Es erhielten Stimmen:

Schreihart, Minna	1176	Hohnke, Max	468
Bytomski, Franz	1158	Schindler, August	443
Herzog, Paul	1145	Seide, Hermann	440
Lippold, Alfred	975	Croon, Gerhard	425
Kalpar, Peter	971	Beleg, Paul	417
Uebler, Eilfriede	957	Seife, Wilhelm	414
Kozielniak, Marta	934	Langner, Gustav	386
Priemer, Emil	865	Reubauer, Oskar	373
Imhoff, August	820	Peter, Rudolf	327
Mocha, Marta	744	Otto, Julius	303
Schulwitz, Anna	715	Tschierichke, Berta	249
Rothe, Paul	636	Wiegand, Emil	234
Matthäus, Margarete	509	Behr, Hermann	116
Kämmerer, Emil	507		

Die ersten neun Kandidaten gelten als gewählt.

Potsdam-Norowans. Nach langer Zeit wollte am 18. Juni unser Gauleiter, Kollege Lemier, in unserer Mitte, um über den kommenden Verbandstag zu sprechen. Der Verbandstag in Hamburg dient in erster Linie dem Auf- und Ausbau unserer Organisation. Unsere Unterstützungen müssen ausgebaut und dementsprechend die Beiträge erhöht werden. Um die Verwaltungsarbeiten nicht noch schwieriger zu gestalten, darf über eine Klaffeninteilung von über 5 Beitragsklassen nicht hinausgegangen werden. Es muß ein Weg gefunden werden, um die von dem sogenannten „Oppositionsverband“ verführten Kollegen wieder mit uns zu vereinigen.

In der Diskussion stimmte man im allgemeinen den Ausführungen zu. Beweist wurde, daß sich bei den niedrigen Unterstützungsätzen bei Krankheit die Einführung dieser Unterstützung lohne. Man sollte dann auch höhere Sätze einführen und namentlich die für die weiblichen Mitglieder in Betracht kommenden Klassen erhöhen. Sind es doch die Weiblichen, die überwiegend die Krankentüchtigkeit beanspruchen. Die Vorlage des Verbandsvorstandes sieht für die 5. Beitragsklasse einen Beitrag von 1,50 M. vor, für die 3. Klasse 0,70 M. Die 3. Klasse würde rund 46 Proz. von dem der 5. Klasse zahlen. Da durchschnittlich nur unsere Kolleginnen 55 Proz. Lohn erhalten wie die Kollegen, so müßte auch die Beitragsleistung im selben Verhältnis stehen. Wenn auch der Weg geübt werden muß, um mit den Oppositionskollegen wieder zusammenzukommen, so

müssen doch Maßnahmen getroffen werden, um neue Zerlegungsercheinungen zu verhindern.

Vor dem Vortrag des Gauleiters hatte man sich noch scharf gegen das Steuerrecht und gegen die Zollvorlage ausgesprochen. Trotzdem Lohn-, Tabak- und Biersteuer im vorigen Jahr bedeutend mehr brachte, wie veranschlagt war, dagegen Erbschafts- und Luxussteuer weniger, will man die letzteren Steuern abbauen und die beifige Masse noch mehr belasten. Die Zollvorlage würde Brot, Kartoffeln und andere wichtige Lebensmittel bedeutend verteuern und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse noch mehr herabdrücken. Gegen diese Absichten der deutsch-nationalen Regierung muß Sturm gelaufen werden und werden hoffentlich Gewerkschaften und Arbeiterpartei gemeinsam den Kampf aufnehmen.

Gau Schlesien.

Auf Grund des § 6 des Gaustatuts und der §§ 34c und 36 des Verbandsstatuts beruft der Unterzeichnete zu Sonntag, den 23. August, vormittags 8 1/2 Uhr, nach dem Kunst- und Vereinshaus (Stadtheater) in Hirschberg i. Schl. einen

Gaufag

mit folgender Tagesordnung ein:

1. Situationsberichte des Gauvorstandes und der Zahlstellen.
 2. Der 15. Verbandstag in Hamburg und seine Beschlüsse, Berichterstatter: Kollege Klar.
 3. Beschlußfassung über den Gauausflug zu den Verbandsbeiträgen und Regelung der Unterstützungen.
 4. Beratung der übrigen Anträge zum Gaustatut.
 5. Beratung der sonstigen Anträge.
 6. Organisationsprobleme: Lehrlingsorganisation und Lehrlingsausbildung, Jugendbewegung und Jugenderziehung.
 7. Wahl der Angestellten.
 8. Wahl des Tagungsortes des nächsten Gaufages.
 9. Festsetzung der Tagegelber für die Delegierten.
- Die Zahlstellen und Einzelmitglieder werden aufgefordert, sofort zum Gaufage Stellung zu nehmen. Anträge können zu jedem Punkte der Tagesordnung gestellt werden, sie sind bis zum 26. Juli beim Gauvorstand einzureichen. Die Beschickung des Gaufages regelt sich nach den Bestimmungen in § 6 des Gaustatuts.

Der Gauvorstand. J. H. B. B r u c k s.

Literarisches.

Dahlinger, Der Kleingärtner. Ein praktischer Ratgeber mit zwei farbigen Tafeln und fünf Gartenplänen und vielen textlichen Abbildungen. Verlag Hesse u. Weller, Leipzig. 152 Seiten. Preis 1,20 M.

Die alte Lebensregel, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, wird für den Gartenbesitzer zum dringenden Gebot; denn der Kleingärtner hat eine überaus wichtige Aufgabe zu erfüllen: er soll dazu beitragen, die Erzeugungsstärke des Landes zu heben. Darüber, wie das zu geschehen hat, wie die Ertragsfähigkeit eines Gartens auf das höchste zu steigern ist, gibt das Büchlein in leicht faßlicher Form Auskunft, es ist daher ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden Gartenbesitzer. — Zu Berlin zu beziehen durch die Vorwärts-Buchhandlung.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Anfragen auf dem Verbandstag.** Etwa auf dem Verbandstag in Aussicht genommene förmliche Anfragen über die Geschäftstätigkeit des Verbandsvorstandes oder der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“, bitten wir, uns möglichst bald zur Kenntnis zu bringen, damit wir die Akten über die in Frage stehenden Angelegenheiten einsehen und zum Verbandstag mitbringen können.

2. **Jahresbericht für 1924.** Der Jahresbericht für das Jahr 1924 ist erschienen und allen Gau- und Ortsverwaltungen in angemessener Anzahl zugesandt. Sollte die Sendung bis zum 30. Juni irgendwo nicht eingegangen sein, bitten wir um entsprechende Nachricht.

Etwa gewünschte Nachlieferungen können in beschränktem Umfang erfolgen, soweit der Vorrat reicht.

3. **Materialversand.** An die Kassierer aller Gawe und Zahlstellen sind in den letzten Tagen versandt worden:

Abrechnungsformulare für das zweite Quartal,

Berichtskarte für den Auszug aus der Abrechnung (an die Gauverwaltung einzusenden),

Zahlkarten.

4. Karten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen allen Kassierern mit den Abrechnungsformularen überandt worden. Wir bitten recht dringend um pünktliche Einsendung der Karten, um unnötige Mahnungen zu vermeiden.

Ebenso sind einer ausgewählten Anzahl von Zahlstellen mit der gleichen Sendung noch Zirkulare und Berichtskarten betr. Meldung über den Geschäftsgang in größeren Betrieben zugegangen, die wir noch der ganz besonderen Beachtung empfehlen.

5. **Heimarbeit-Denkschrift.** Den Zahlstellen, die an der Heimarbeit besonders interessiert sind, ist die von uns herausgegebene Denkschrift in einer kleinen Anzahl von Exemplaren zugesandt worden. Wir bitten, dieselbe in geeigneter Weise an Interessenten zu verteilen. Evtl. Nachbestellungen bitten wir baldigst einzusenden. Auch anderen Zahlstellen, die für die Denkschrift Interesse haben, wird dieselbe auf Wunsch zugesandt.

6. **Ausgeschlossen auf Grund des § 15 b des Statuts** wurde in Achersleben der Stanger Otto Haensgen, geboren am 18. April 1879 in Achersleben (Buch-Nr. 163 251).

Der Verbandsvorstand.